

Programme zu den Landtagswahlen in Bayern (14.10.) und Hessen (28.10.)

Anlässlich der am 14. sowie 28.10. stattfindenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen möchte eco im Folgenden einen Überblick über die internetpolitischen Vorhaben der bereits in den Landtagen vertretenen Parteien geben.

Bayern (Wahltermin: 14.10.)

CSU (17, 23; 8)¹

Die CSU hat zur Landtagswahl in Bayern ein Regierungsprogramm und ein Wahlprogramm, die beide sehr kurz ausfallen. Das Regierungsprogramm nennt in Stichworten das Ziel, bis 2025 alle Haushalte an das Gigabit-Netz anzuschließen sowie bis 2020 Mobilfunk mit 5G auszubauen. Für kleine und mittlere Unternehmen soll eine Bayern-Cloud entwickelt werden. Die Verwaltung soll in zwei Jahren komplett digitalisiert sein. Die Anwendung von Blockchain-Technologie in der Verwaltung soll ermöglicht werden (Regierungsprogramm, S. 17). Bayern soll zu einem führenden Forschungsstandort für Künstliche Intelligenz werden. Dazu sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre 280 Mio. Euro investiert und ein Kompetenznetzwerk aufgebaut werden (Regierungsprogramm, S. 23).

Ergänzend dazu findet sich im Wahlprogramm noch das Vorhaben, Bayern zum Vorreiter beim Internet der Dinge zu machen (S. 8).

SPD (S. 20, 45f., 55)²

Die bayerische SPD setzt sich dafür ein, digitale Kompetenzen in die Lehrpläne aller Schulen aufzunehmen. Dazu sollen Grundkenntnisse von Programmiersprachen und in der Funktionsweise von Algorithmen ebenso gehören wie eine Sensibilisierung für Privatsphäre, Datenschutz und Medienkompetenz. Auch die Ausstattung der Schulen soll verbessert werden (S. 20).

Alle bayerischen Gewerbegebiete sollen auf der Basis von Glasfaser-Internet mit Gigabit-Internet versorgt werden, private Haushalte mit mindestens 100 Mbit/s. Ebenso will die SPD den Ausbau des Mobilfunks mit 5G sowie des freien WLANs vorantreiben. Der Breitbandausbau soll durch einen landesweiten Fonds finanziert werden, in den alle Anbieter von Telekommunikationsdiensten einzahlen. Die Umsetzung

¹ Regierungsprogramm: https://www.csu.de/wahl2018/download/Regierungsprogramm_2018.pdf; Wahlprogramm: https://www.csu.de/wahl2018/download/CSU-Wahlprogramm_JA_ZU_BAYERN.pdf

² https://bayernspd.de/workspace/media/static/landtagswahlprogramm_2018_-5b33a059da735.pdf



des Ausbaus soll dann von einer landeseigenen Netzgesellschaft übernommen werden (S. 45).

Zur wissenschaftlichen Begleitung der Digitalisierung will die SPD das Zentrum Digitalisierung Bayern weiter ausbauen. Dazu sollen messbare Ziele vorgegeben und die Vernetzung der verschiedenen Akteure weiter verbessert werden (S. 45).

In der Staatskanzlei soll eine Stabsstelle Digitalisierung eingerichtet werden, die sich auf die Koordinierung der Digitalisierung in Bayern konzentriert (S. 45).

Die Digitalisierung der Arbeit will die bayerische SPD durch klare Regelungen für den Einsatz von Robotik, den Datenschutz und die Zusammenarbeit von Mensch und Maschine begleiten (S. 45f.).

Auf Bundesebene will man sich weiter für einen Erhalt der Netzneutralität einsetzen (S. 46).

Zur öffentlichen Sicherheit gehört für die SPD auch die Verbesserung der technischen Ausstattung der Polizei (S. 55).

Das Polizeiaufgabengesetz will die bayerische SPD wieder aufheben und neu ausarbeiten (S. 55).

Freie Wähler (19, 33, 39-43)³

Die Freien Wähler wollen die Ausgaben für die Medien- und IT-Ausbildung steigern und verpflichtenden Unterricht von Informations- und Kommunikationstechnologie einrichten. Außerdem soll auch die digitale Berufsausbildung ausgebaut werden. Alle Schulen sollen gigabitfähige Internetanschlüsse erhalten (S. 19).

Außerdem sollen mehr E-Government-Angebote geschaffen werden (S. 33).

Die Freien Wähler wollen sich für ein eigenständiges Digitalisierungsministerium und einen entsprechenden Ausschuss im Landtag einsetzen. Außerdem wollen sie mehr räumliche und zeitliche Flexibilität im Arbeitsrecht schaffen (S. 39).

Die Freien Wähler wollen bis 2023 jedes Unternehmen an Glasfaser-Internet anschließen und im gleichen Zeitraum Mobilfunk mit 5G ausbauen. Dazu wollen sie einen Rechtsanspruch für einen „Hochgeschwindigkeits-Internetanschluss“ schaffen. Die Infrastruktur soll zukünftig ausschließlich auf Glasfaser-Internet basieren. Neue Lehrrohrnetze für Glasfaser sollen in öffentlicher Hand bleiben. Finanziert werden soll dies aus den Erlösen der Versteigerung der 5G-Lizenzen (S. 40).

Für Algorithmen bei softwaregestützten Entscheidungen wollen die Freien Wähler einen Algorithmen-TÜV einführen (S. 40). Das Prinzip

³ https://www.freie-waehler-bayern.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm_Fuer_die_Zukunft_unserer_Heimat__Homepage_.pdf



der Datensparsamkeit soll sichergestellt und der bayerische Landesdatenschutzbeauftragte stärker gefördert werden. Außerdem wollen die Freien Wähler eine Informationspflicht für Online-Anbieter über die Verwendung von Nutzerdaten einführen sowie für alle Nutzer ein Zugangsrecht zu erhobenen nicht-personenbezogenen Daten der Gerätehersteller und Diensteanbieter schaffen. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz soll mit dem Ziel reformiert werden, Transparenz bei Löschentscheidungen herzustellen und ein Recht auf Wiederherstellung zu Unrecht gelöschter Inhalte einzuführen. Für sog. „Social Bots“ wollen die Freien Wähler eine Kennzeichnungspflicht einführen (S. 41). Die Freien Wähler wollen das Prinzip der Netzneutralität erhalten und konsequent durchsetzen und dafür die Bundesnetzagentur als Aufsichtsbehörde stärken. Das Bevorzugen von Inhalten durch „Zero-Rating“ wollen sie verbieten. Außerdem sollen klare Regeln für das Peering von Daten geschaffen werden (S. 42). Das IT-Sicherheitsgesetz wollen die Freien Wähler fortschreiben und auf neue Gefährdungen anpassen. Außerdem wird ein nationaler Pakt zur IT-Sicherheit unterstützt. Der Mittelstand soll im Kampf gegen Wirtschaftsspionage gestärkt und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung staatlich gefördert werden. Die Polizei soll beim Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte gestärkt werden (S. 42). Bayern soll nach dem Willen der Freien Wähler Vorreiter beim Ausbau von E-Government-Angeboten werden. Dazu fordert man ein elektronisches Bürgerkonto sowie eine bessere Unterstützung der kommunalen Verwaltung bei der Digitalisierung (S. 43).

Grüne (S. 56f., 69, 72, 74, 86)⁴

Die bayerischen Grünen sehen die Digitalisierung als zentrale Querschnittsaufgabe an. Entsprechend fordern sie eine moderne Bildungslandschaft und Medienkompetenz für alle. Entsprechend soll auch die technische Ausstattung an den Schulen verbessert werden. Mit der Einführung des Fachs Digitalkunde sollen alle Schüler sowohl technische Grundlagen, als auch Medienkompetenz lernen (S. 56). Die Grünen setzen sich zum Ziel, durch ein Glasfasernetz flächendeckenden, allgemeinen und kostengünstigen Zugang zum Internet anzubieten. Auch das Mobilfunknetz sowie die Abdeckung mit freiem WLAN soll verbessert werden (S. 56f., 69). Die Grünen setzen sich für eine Stärkung des Datenschutzes ein. Videoüberwachung sowie die Rechte der Polizei, auf gespeicherte personenbezogene Daten zuzugreifen, sollen eingeschränkt werden. Die Ausstattung der Datenschutzbehörden wollen die Grünen verbessern.

⁴ https://gruene-bayern.de/wp-content/uploads/2018/06/B90-DieGruenen-Bayern_Landtagswahlprogramm-2018_web.pdf



Die Verbreitung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll gefördert werden (S. 57).

Polizei und Justiz sollen besser ausgestattet sowie Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften eingerichtet werden, damit sie auch Online-Hasskriminalität sowie andere Straftaten im Internet besser verfolgen können (S. 72). Auch wollen die Grünen die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität intensivieren. Die IT-Sicherheit soll insbesondere zum Schutz kritischer Infrastrukturen verstärkt werden (S. 74).

Das neu beschlossene Polizeiaufgabengesetz lehnen die Grünen ab und wollen es zurücknehmen (S. 86).



Hessen (Wahltermin: 28.10.)

CDU (8, 12, 19, 24-26, 28-30, 32-34, 44, 47f. 53, 55, 102)⁵

Die CDU kündigt eine Digitalisierungs-Offensive für die Schulen an. Dazu soll nicht nur eine fächerübergreifende Strategie für alle Lehrpläne gehören, sondern auch eine Reformierung der Lehrerausbildung. Das Fach Informatik soll gestärkt und die Medienkompetenz auch in Grundschulen vermittelt werden. Bei digitalen Medien sollen Schüler sowohl Chancen, als auch Risiken vermittelt bekommen. Außerdem sollen alle Schulen und Hochschulen an schnelles Internet angebunden werden und freies WLAN bekommen (S. 8, 12). Die CDU will sich für die Einführung eines Fachbausteins „Digitalisierung der Arbeitswelt“ in den Berufsschulen einsetzen (S. 19). Für die Hochschulen soll eine Möglichkeit geschaffen werden, digitale Lerninhalte urheberrechtlich rechtssicher und unbürokratisch nutzen zu können (S. 24).

Das hessische Polizeigesetz will die CDU mit Blick auf die Herausforderungen in der digitalen Welt modernisieren. Die Gesetze gegen Werbung für Terror im Internet sollen weiter verschärft werden. Die Cybersicherheitsstruktur in Hessen soll weiter gestärkt und besser vernetzt werden. Außerdem will die hessische CDU weitere Methoden gegen Kriminalität über das Internet entwickeln (S. 25f.). So sollen Betretungsrechte zur Sicherstellung von TK-Maßnahmen auch präventiv geschaffen und die Überwachung verschlüsselter Internetkommunikation von Tatverdächtigen unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht werden. Dazu sollen Telemediendiensteanbieter wie Facebook und Whats App mit Telekommunikationsanbietern gleichgestellt werden. Außerdem will die CDU den Sicherheitsbehörden wieder die Möglichkeit einräumen, in der Vergangenheit liegende Standortdaten abfragen zu können. Die Telekommunikationsüberwachung soll auch bei Straftaten wie Wohnungseinbruch möglich sein (S. 28f.). Im hessischen Verfassungsschutzgesetz sollen Regelungen zur Quellen-TKÜ und zur Onlinedurchsuchung geschaffen werden, die auch verdeckt durchgeführt werden können (S. 32f.). Die CDU Hessen will unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH eine tragfähige Rechtsgrundlage zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung schaffen (S. 30).

Ergänzend dazu setzt sich die hessische CDU für den Aufbau eines Computer Emergency Response Teams zur Bekämpfung von Cyberkriminalität ein. Dazu soll ein eigenes, hessisches IT-Sicherheitsgesetz geschaffen werden. Die CDU will sich für verpflichtende Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit von mit dem Internet verbundenen

⁵ <https://www.cduhessen.de/data/documents/2018/09/17/279-5b9f76c1c552f.pdf>



Alltagsgeräten einsetzen und europaweit einheitliche Standards schaffen. In diesem Zuge soll es auch zu einer Ausweitung der Produkthaftung kommen. Zur Bekämpfung von Botnetzen will die CDU Hessen eine Rechtsgrundlage dafür schaffen, infizierte Rechner zu säubern und die Kommandoserver eines Botnetzes abzuschalten. Dem Bund soll die Möglichkeit geschaffen werden, auf Cyberangriffe mit Hackbacks zu reagieren (S. 34). Zur Spurensicherung und effektiven Strafverfolgung will die CDU im LKA eine Taskforce Digitalforensik aufbauen (S. 33).

Zur Bekämpfung der Kriminalität im Darknet will die CDU Hessen ermöglichen, digitale Identitäten von Straftäten weiterzuführen um so effektiv gegen diese Kriminalität vorgehen zu können. Für ausländische Internetdienste soll das Marktortprinzip gelten, um Straftaten über diese Dienste nach deutschem Recht verfolgen zu können. Handynutzer sollen sowohl als Vertrags-, als auch als Prepaid-Kunde immer identifizierbar bleiben. Gegen Hasskommentare im Internet will die CDU weiter intensiv vorgehen (S. 34).

Die CDU will in Hessen ein eigenes Digitalisierungsministerium schaffen, das auch die Verantwortlichkeit für den flächendeckenden Glasfaser- und 5G-Mobilfunkausbau sowie für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie übernehmen soll. Die Gigabit-Allianz soll weiter gestärkt und vorangebracht werden (S. 44, 53).

Die Fintech und Start-Up Region Frankfurt/ Rhein-Main soll weiter gefördert und Unternehmensgründungen vereinfacht werden. Für kleine und mittelständische Unternehmen will die CDU in Hessen eine Digitalisierungsberatung einführen und anbieten. In Zusammenhang mit der Sicherung des Finanzplatzes Frankfurt wird die Wichtigkeit des Internetknotenpunkts und der großen Rechenzentren als wichtige Standortfaktoren hervorgehoben (S. 47f., 55).

Zur Klärung rechtlicher und ethischer Fragen in der Verwendung und Ausweitung von Systemen mit Künstlicher Intelligenz soll ein Forschungsinstitut „Recht und Ethik der Digitalisierung“ gegründet werden (S. 53).

Die hessische CDU will den Verbraucherschutz bei Geschäften über das Internet weiter verstärken (S. 102).

SPD (S. 24f., 78f., 92f., 102f.)⁶

Die SPD kündigt einen Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht, Unterrichtsdidaktik sowie ein Landesmedienkonzept an. Die Vermittlung von Medienkompetenz soll Aufgabe jeder Schule werden und ein Zertifikat dafür eingeführt. Gleichzeitig sollen auch die

⁶ https://www.spd-hessen.de/wp-content/uploads/sites/269/2018/06/Regierungsprogramm_SPDHessen2019-2024_FINAL_sans.pdf



Chancen neuer Medien genutzt und herangezogen werden. Entsprechend will die SPD die Mittel in Hessen für die Digitalisierung der Bildung aufstocken. Programmieren sowie das Grundverständnis für die Funktionsweise von Algorithmen sollen in die Lehrpläne integriert werden (S. 24f.).

Die SPD will den landesweiten Ausbau von glasfaserbasiertem, schnellem Internet vorantreiben sowie die Abdeckung des 5G-Mobilfunknetzes verbessern, besonders im ländlichen Raum. Damit will man auch ein Testfeld für vernetztes Fahren ermöglichen. Die Schaffung eines flächendeckenden Zugangs wird als Wegbereiter für weitere zukunftsfähige Technologien gesehen. Bei der Verbesserung der Mobilfunkabdeckung will man die bestehenden Versorgungsaufgaben stärker überprüfen. Die Abdeckung frei zugänglicher WLAN-Zugangspunkte in Hessen will die SPD verbessern. Den Internetknoten DE-CIX sieht die Partei als wichtigen Standortfaktor für die Weiterentwicklung der Breitbandinfrastruktur. Für die Ausgestaltung der Breitband-Infrastruktur will die SPD grundsätzlich auch Landesmittel aufwenden (S. 78f.).

Zur Bekämpfung der Cyberkriminalität sollen die Sicherheitsbehörden in Hessen besser ausgestattet werden. Für kritischen IT-Infrastrukturen sollen Mindeststandards festgelegt sowie regelmäßige Software-Updates und die Einsetzung von Sicherheitsbeauftragten verpflichtend werden. In der Justiz sollen Stellen für besonders spezialisierte Mitarbeiter geschaffen und besetzt werden (S. 92f.).

Der hessische Verfassungsschutz soll nach Willen der SPD umfangreich reformiert werden. Dazu sollen die Eingriffsbefugnisse klar und eindeutig geregelt werden sowie die parlamentarische Kontrolle gestärkt (S. 102f.).

Die Grünen (35, 49f., 60f., 64-66, 71f., 127f.)⁷

Die Grünen fordert eine Ausweitung der Produkthaftung auf Software und eine Verpflichtung für Software-Unternehmen zu Sicherheits-Updates (S. 35).

Die Grünen wollen das Landesprogramm zur Digitalisierung der Schulen fortsetzen. Sie wollen alle Schulen an das Breitbandnetz anschließen und für eine adäquate digitale Ausstattung sorgen. Die Schulen wollen die Grünen nicht nur finanziell, sondern auch durch das Setzen von Standards in der Verwendung digitaler Lernmethoden unterstützen. Die geeignete Aus- und Weiterbildung der Lehrer wollen die Grünen weiter fortsetzen. Neben den Chancen wollen die Grünen auch die Themen Cybermobbing, Fake News, Umgang mit den eigenen Daten und die Frage des Suchtverhaltens in Bezug auf digitale Medien

⁷ <https://www.gruene-hessen.de/partei/files/2018/09/Regierungsprogramm-2018-Web.pdf>



behandeln. Damit soll bereits in der Grundschule begonnen werden (S. 49f.). Die Digitalisierung der Hochschulen soll vor allem durch Investitionen in die Infrastruktur gefördert werden, auch um ausreichenden Cloud-Speicher zur Verfügung stellen zu können. Open Access soll weiter gefördert werden (S. 60f.).

In der Innenpolitik wollen die Grünen die Sicherheitsbehörden besonders für den Umgang mit Hetze im Netz und Propaganda sensibilisieren (S. 64). Gleichzeitig sprechen sich die Grünen gegen eine Ausweitung der Quellen-TKÜ und der Online-Durchsuchung aus. Eingriffe in die Verschlüsselung von Kommunikation lehnen die Grünen ebenfalls ab, da sie den Schaden höher einschätzen als den eventuellen Nutzen. Wenn überhaupt, wollen sie dies nur bei schwersten Straftaten ermöglichen. Eine anlasslose Überwachung aller lehnen die Grünen ab (S. 65f.).

Die Grünen wollen sich dafür einsetzen, dass Bürger die Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten. Die Möglichkeit der Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten erfordert aus Sicht der Grünen einen verstärkten und wirksamen Datenschutz. Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnt die Partei ausdrücklich ab. Die Grünen wollen eine Antidiskriminierungsprüfung für Scoring-Verfahren und Algorithmen schaffen (S. 71f.).

Zur Förderung der Digitalisierung kleiner und mittelständischer Unternehmen haben die Grünen einen Zuschuss geschaffen. Dieses Programm soll weiter fortgesetzt werden. Dabei stehen besonders Fin-Techs im Fokus.

Die hessischen Grünen wollen die Netzneutralität bewahren und sich für ein nachhaltiges, offenes, freies und sicheres Internet einsetzen. Bis 2025 soll Hessen flächendeckend mit Glasfaser versorgt werden. Ebenso soll der Ausbau frei zugänglicher WLAN-Netze und der 5G-Mobilfunkausbau vorangetrieben werden (S. 127).

Die Grünen wollen Fake News, Hassreden und Cybermobbing weiter bekämpfen. Neben der strafrechtlichen Verfolgung dieser Inhalte soll auch ein Beratungsangebot zum Umgang mit Hassrede geschaffen werden. Dazu will man sich an der Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ der Landesanstalt für Medien (LfM) in Nordrhein-Westfalen ein Beispiel nehmen (S. 128).



FDP (15f., 19-21, 31, 74, 81f., 91)⁸

Die FDP will die Schulen in Hessen an das Breitband-Internet anschließen und dort freies WLAN zur Verfügung stellen. Neben der Vermittlung des technischen Umgangs mit den Medien und der Information und der Aufklärung über Risiken und Gefahren will die FDP auch die Vermittlung von Medienkompetenz verstärken. Die Bemühungen zur Bekämpfung von Cybergrooming und –mobbing sollen verstärkt werden. Um den Ausbau der digitalen Möglichkeiten zu gewährleisten, will die FDP den Schulen ein individuelles, zweckgebundenes Budget zur Verfügung stellen (S. 15f.).

Beim Ausbau eines glasfaserbasierten Gigabitnetzes setzt die hessische FDP auf Wettbewerbsoffenheit. Das öffentliche WLAN und das 5G-Mobilfunknetz sollen ebenso ausgebaut werden. Um Hessen als Digitalstandort zu stärken, will die FDP das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen und so energieintensive Rechenzentren unterstützen (S. 19f.).

Zur Förderung von Gründungen im Bereich der Digitalwirtschaft will die FDP die Bereitstellung von Wagniskapital fördern und vereinfachen (S. 21).

Die FDP will Hessen zum führenden Standort für digitale Mobilität machen. Dazu sollen digitale Testfelder eingerichtet werden um autonom gesteuerte Fahrzeuge unter realen Bedingungen testen zu können (S. 31).

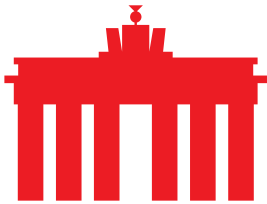
Die Hochschule will die FDP zu einer virtuellen Hochschule ausbauen, die über Live-Streams, moderne Methoden von digitaler Wissensvermittlung und entsprechende Onlineangebote, mobiles Internet, Onlineverwaltung und Cloud-Lösungen verfügt (S. 42).

Für die hessische Polizei fordert die FDP eine Digitalisierungsoffensive. In diesem Zuge sollen die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) gestärkt sowie die Cybersecurity-Forschung ausgebaut werden (S. 74).

Die FDP will für Hessen ein eigenes E-Government-Gesetz vorlegen und ein zentrales Bürgerportal schaffen. Über dieses soll jede Verwaltungsdienstleistung schnell und unkompliziert abrufbar gemacht werden (S. 81f.).

Den Datenschutz in sozialen Netzwerken will die FDP stärken. Für die Nutzung von Daten fordert sie ein Opt-in Verfahren. Das Recht auf Anonymität und Pseudonymität im Internet soll gewahrt bleiben (S. 91).

⁸ <https://fdp-hessen.de/wp-content/uploads/2018/08/fdphe-wahlprogramm-ltw18.pdf>



Die Linke (5, 50f., 73, 87)⁹

Die Linke will sich für ein freies, kostenloses und flächendeckendes WLAN im öffentlichen Raum einsetzen. Voraussetzung dafür ist die Umsetzung des Breitbandausbaus mit Glasfaser (S. 5, 87).

Die offene Architektur des Internet und die Netzneutralität will die Linke bewahren. Vor allem den Datenschutz der Nutzer will die Linke verbessern. Dazu soll bei der Erhebung und Verarbeitung persönlicher Daten eine Informationspflicht eingerichtet werden. Auch soll die informationelle Selbstbestimmung durch ein Anrecht auf Löschung gespeicherter Daten gestärkt werden. Das Sammeln persönlicher Kommunikationsdaten durch Polizei oder andere Sicherheitsbehörden soll nur aufgrund eines richterlichen Einzelbeschlusses möglich sein. Anonymisierungsdienste und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung will die hessische Linke fördern (S. 50f.).

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz lehnt die Linke ab, weil es aus ihrer Sicht die Rechtsdurchsetzung privatisiert. Die Partei ist gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung und will Rechtsmittel gegen ein solches Vorhaben prüfen. Die WLAN-Störerhaftung will die Linke endgültig abschaffen (S. 51).

Den kompetenten Umgang mit digitalen Medien sieht die Linke als zentrale Bildungsaufgabe. Daher will sie die Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bildungseinrichtungen verstärken (S. 73).

⁹ <https://wahl2018.die-linke-hessen.de/wp-content/uploads/2018/08/Wahlprogramm-2018-Webausgabe-DIE-LINKE-Hessen.pdf>